

Mit einer letzten Aktion versucht die Industrie- und Handelskammer, das liberale St. Galler Wirtepatent zu erhalten. In erster Linie richtet sich der Appell an die bürgerlichen Parlamentarier. Sie sollen morgen den freiheitlichen Sonntagsreden Taten folgen lassen.

Das Wirtepatent und die liberalen Werte

ROGER BRAUN

Für angehende Wirte ist morgen ein wichtiger Tag. Der St. Galler Kantonsrat entscheidet, ob der Zugang zum Wirteberuf wieder erschwert wird, nachdem das Gastgewerbe in den 90er-Jahren tiefgreifend liberalisiert worden war. Heute reichen in St. Gallen Kenntnisse in Suchtprävention und Lebensmittelhygiene, um ein Restaurant eröffnen zu können. Geht es nach dem neuen Gesetzesentwurf, sollen künftig auch das Arbeits-, Sozial- und Mehrwertsteuerrecht sowie Rechnungswesen und Arbeitssicherheit geprüft werden. Der entsprechende Vorbereitungskurs soll statt 7,5 neu 14 Tage dauern. Die Kosten würden von 1580 auf 2800 Franken steigen. Die Möglichkeiten zur Befreiung von der Prüfung würden deutlich eingeschränkt.

IHK-Brief an alle Kantonsräte

Am Anfang dieses neuen Gesetzes stand ein Vorstoss aus dem Umfeld des Wirteverbands Gastro St. Gallen. Das Ziel: mit zusätzlichen Vorschriften die Qualität der Gastronomie erhöhen. Vor eineinhalb Jahren stellte sich mit 56 zu 54 Stimmen eine knappe Mehrheit hinter die Motion. Nun liegt der Gesetzesentwurf vor.

Kurz vor der entscheidenden Abstimmung versucht die IHK St. Gallen-Appenzell das Steuer noch heranzureissen. «Die Verschärfung der Wirteprüfung wäre ein wirtschaftspolitischer Sündenfall», sagt IHK-Direktor Kurt Weigelt. Er sieht nicht ein, wieso man Quereinsteigern den Weg in die Gastronomie verbauen soll. «Ob ein Wirt geeignet ist, hat nicht eine Prüfungsbehörde zu entscheiden, sondern der Markt in Form der Kundinnen und Kunden.» Die IHK hat alle Kantonsräte angeschrieben mit der dringlichen Bitte, das Gesetz abzulehnen. Dies kommt selten vor, doch Weigelt sieht die Notwendigkeit gegeben. «Wir können nicht dauernd weniger Staat und mehr Freiheit predigen und dann mit solchen Vorschriften den Wettbewerb behindern.»

SVP für mehr Staat

Hauptadressat der Post sind die bürgerlichen Parteien – jene Parteien, die sich regelmässig gegen staatliche



Stimmt der Kantonsrat dem neuen Gesetz zu, wird es für Quereinsteiger deutlich schwieriger, ein Restaurant zu eröffnen. Bild: ky/Gaëtan Bally

Wirtepatent Gewerbeverband in der Zwickmühle

Das Wirtepatent bringt nicht nur die bürgerlichen Parteien in die Bredouille. Auch der St. Galler Gewerbeverband tut sich schwer mit der Vorlage. Denn er vertritt nicht nur die Interessen der Gastronomie, sondern auch jene der Bäcker und Konditoren. Während Gastro St. Gallen am Ursprung der verschärften Wirteprüfung steht, wirbt der Bäcker- und Konditorenverband im IHK-Schreiben ebenfalls für ein Nein zur Vorlage. Der Grund: Auch Bäckereien mit Sitzgelegenheiten müssten den höheren Anforderungen für Wirte genügen. Der Geschäftsführer des Gewerbeverbands, Felix Keller, stellt klar, dass der Gewerbeverband hinter dem neuen Gesetz stehe. Zugleich sagt er: «Es ist nicht abzustreiten, dass bei uns nicht alle den Eingriff in die freie Wirtschaft goutieren.» (rob)

Vorschriften aussprechen. Die SVP als grösste Fraktion im Rat hat die Motion vor eineinhalb Jahren mit 22 zu 9 Stimmen unterstützt, die CVP mit 18 zu 12, und auch bei der FDP kamen bei 11 Nein-Stimmen 7 Ja-Stimmen zustande. Einzig die GLP/BDP-Fraktion lehnte den Vorstoss geschlossen ab.

«Die Verschärfung der Wirteprüfung wäre ein wirtschaftspolitischer Sündenfall.»

Kurt Weigelt
Direktor IHK St. Gallen-Appenzell

SVP-Fraktionschef Michael Götte rechnet mit einer «Zerreissprobe» für seine Partei. Auf der einen Seite stehe das Bekenntnis zu weniger Staat und weniger Gesetzen, auf der anderen Seite die Verbundenheit mit dem Gastgewerbe. Niemand personifiziert diese Zerrissenheit so gut wie der Fraktionschef selber. Vor eineinhalb

Jahren stimmte er der Motion noch zu, nun will er morgen das Gesetz ablehnen. «Ich bin zum Schluss gekommen, dass es nicht geht, für weniger Staat und mehr Freiheit einzutreten und gleichzeitig den Zugang zum Wirteberuf staatlich zu erschweren», sagt Götte. Bei der früheren Abstimmung sei es lediglich um einen Vorstoss gegangen, «um zu sehen, wie eine mögliche Regelung aussehen könnte.» Zudem stamme er aus einer Wirtefamilie und fühle sich mit der Branche sehr verbunden. Mit seiner neuen Arbeit bei der IHK habe der Positionswechsel dagegen wenig zu tun. Götte wird morgen an der vorgängigen Fraktionssitzung diese Position auch vor der Fraktion vertreten. Er geht davon aus, dass alle jene, die Nein gestimmt haben, beim Nein bleiben werden. Bei den Ja-Stimmen sieht er über seine Stimme hinaus noch Raum für Bewegung.

«Kein liberaler Sündenfall»

Ausstehend ist die Fraktionssitzung auch noch bei CVP und FDP.

CVP-Fraktionschef Thomas Ammann hat mit der Mehrheit seiner Fraktion für höhere Hürden gestimmt. Er sieht im neuen Gesetz «keine eigentliche Regulierung durch den Gesetzgeber». Vielmehr komme man einem Wunsch der Branche nach. Er anerkennt, dass es dazu auch andere Ansichten gebe, «doch eine liberaler

«Dieses Gesetz ist keine eigentliche Regulierung durch den Gesetzgeber.»

Thomas Ammann
Fraktionschef der CVP

Sündenfall ist das nicht». FDP-Fraktionschef Reinhard Rüesch wird morgen die Verschärfung erneut ablehnen. Er räumt zwar ein, dass es einer wirtschaftsliberalen Partei wie der FDP gut anstehen würde, die zusätzlichen staatlichen Vorschriften geschlossen abzulehnen. «Gleichzeitig hat der Wirteverband gut lobbyiert

und einige unserer Parlamentarier stehen dem Gastgewerbe nahe», sagt er. Um Druck auf seine Fraktionskollegen auszuüben, ist ihm das Geschäft zu wenig wichtig. «Wir haben bei der FDP einen liberalen Umgang mit anderen Meinungen.»

SP an der Seite der Wirte

Das Geschäft bereits besprochen haben SP und Grüne. Nachdem die gemeinsame Fraktion die Motion mehrheitlich noch abgelehnt hatte, steht sie nun hinter den erhöhten gesetzlichen Anforderungen für Wirte. Fraktionschef Peter Hartmann sagt: «Die Liberalisierung der Gastronomie ist gescheitert. Es braucht staatliche Minimalstandards, damit die Qualität der Dienstleistungen gesichert werden kann.» Hartmann erklärt den Meinungsumschwung innerhalb der Fraktion mit den Diskussionen in der vorbereitenden Kommission und in der Fraktion. «Bei uns hat sich die Meinung durchgesetzt, dass es der Markt auch in der Gastronomie nicht richten kann.»

EINGEBROCHEN

Zwei Tatverdächtige festgenommen

ROMANSHORN. Bewohner bemerkten in der Nacht auf gestern in Romanshorn zwei Personen, die aus einem Einfamilienhaus rannten. Die Kantonspolizei Thurgau nahm nahe des Tatorts zwei Personen fest. Die Asylbewerber aus Algerien und Libyen im Alter von 20 und 15 Jahren hatten Geld entwendet. In derselben Nacht hatten bereits zwei Unbekannte technische Geräte aus einem Mehrfamilienhaus in Romanshorn gestohlen. Teile des Deliktgutes wurden im Durchgangshaus für Asylsuchende sichergestellt. Die Staatsanwaltschaft klärt ab, ob die Festgenommenen weitere Delikte begangen haben.

ÜBERHÖRT

Autofahrer rammt Ambulanz

ST. GALLEN. Auf der A1 zwischen Rheineck und St. Gallen hat ein Autofahrer gestern eine Ambulanz übersehen und die Sirene überhört. Als die auf der Überholspur fahrende Ambulanz das Auto überholen wollte, scherte dieses von der Normalspur aus und rammte die Ambulanz. Verletzt wurde niemand. Der Patient in der Ambulanz musste mit einem Ersatzrettungswagen weitertransportiert werden.

Gemeindeforscher Reto Steiner erklärt, wieso Gemeindepräsidenten in der Ostschweiz besser bezahlt sind als andernorts. Insgesamt findet er: Die Löhne sind nicht überrissen.

«Es gibt eine Schmerzgrenze»

ROGER BRAUN

Herr Steiner, die Löhne von Gemeinde- und Stadtpräsidenten sind in der Ostschweiz deutlich höher als in der restlichen Schweiz. Wie kommt das?

Reto Steiner: Das hat vor allem damit zu tun, dass in den Kantonen St. Gallen und Thurgau sehr viele Gemeindepräsidenten im Hauptamt arbeiten. Das ist schweizweit sehr ungewöhnlich.

Allerdings verdienen Ostschweizer Gemeindepitzen nicht nur absolut mehr, sondern auch unter Einbezug der höheren Pensen. Weshalb?

Steiner: Ostschweizer Gemeindepräsidenten nehmen häufig nicht nur politische, sondern auch administrative Aufgaben wahr. Während im Rest der Schweiz meist Leute aus der Verwaltung die Gemeinde operativ führen, ist das in der Ostschweiz anders. Hier führt der Gemeindepräsident auch die Verwaltung.

Muss ein Gemeindepräsident damit zwingend besser bezahlt werden? Schliesslich ist die politische Auf-

gabe ja mindestens so wichtig wie die administrative.

Steiner: Das ist richtig, doch beim politischen Amt steht der Milizgedanke im Vordergrund. Im Unterschied zu einem Geschäftsführer geht man davon aus, dass das Amt aus idealistischen Gründen ausgeübt wird. Deshalb verdienen jene Gemeindepräsidenten, die ihre Aufgabe aufs Politische beschränken, tendenziell schlechter als jene, die auch die Verwaltung leiten.

Sehen Sie weitere Gründe für die hohen Löhne in der Ostschweiz?

Steiner: Zu einem gewissen Teil ist der Unterschied auch historisch bedingt. Im Sinne eines Benchmarks vergleichen sich die Gemeindepräsidenten der Region untereinander. So bleibt das Niveau im Vergleich zu anderen Regionen hoch.

Kann es sein, dass auch die mangelnde Transparenz eine Rolle spielt?

Steiner: Sicher ist, dass diesbezüglich die Ostschweiz einen Sonderstatus einnimmt. In der Schweiz gibt es einen klaren Trend vom Geheimhal-

tungs- zum Öffentlichkeitsprinzip. Nur zwei Regionen tun sich schwer damit: die Zentral- und die Ostschweiz. Inwiefern diese fragwürdige Geheimniskrämerei eine lohntriebende Wirkung hat, ist schwierig zu sagen. Ich glaube nicht, dass dies der Hauptgrund ist.

Im Schnitt verdient ein Stadtpräsident in der Schweiz 190 000 Franken. Finden Sie das angemessen?

Steiner: Wer eine Institution mit einem Budget von 100 Millionen Franken und einer dreistelligen Anzahl Mitarbeiter führt, ist damit meines Erachtens nicht überbezahlt. Im Vergleich mit der Privatwirtschaft ist diese Summe gut vertretbar.

Wie sieht es bei kleineren Gemeinden aus?

Steiner: Gemäss meiner Erhebung, die ich vor etwa fünf Jahren gemacht habe, verdient der Präsident einer Gemeinde mit 4000 Einwohnern im Schnitt etwa 150 000 Franken. In der gleichen Studie habe ich ermittelt, dass ein Gemeinderat pro Arbeitsstunde etwa 29 Franken verdient. Beides finde ich in etwa angemessen.

Wie wichtig ist überhaupt die Bezahlung, um einen guten Gemeindepräsidenten zu finden?

Steiner: Klar ist, dass der Lohn nicht der Haupttreiber einer Kandidatur ist. Gleichzeitig sollte man ein gewisses Lohnniveau nicht unterschreiten. Gerade gut ausgebildete Leute haben eine Schmerzgrenze bei den Abschlägen gegenüber der Privatwirtschaft. Es ist deshalb zu begrüssen, dass zwei von drei kleinen Gemeinden die Gehälter in den letzten zehn Jahren erhöht haben. Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung dafür Verständnis hat.



Reto Steiner
Gemeindeforscher Universität Bern